

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung.

Verlag und Redaktion: Nikolaistraße 11. Filiale: Mauritiusstraße 12.

43 Morgen-Ausgabe.

Samstag, 24. Januar 1914.

68. Jahrgang.

Tageschau.

Im Reichstage nahm gestern der Reichskanzler bei Besprechung der Interpellation über Bayern den deutschen Kronprinzen gegen die Angriffe des soziald. Abg. Frank in Schutz.

Der bayerische Verkehrsminister v. Seid. will von seinem Amte zurücktreten.

Die provisorische Regierung in Albanien hat demissioniert.

Zum Rückgang in der Gewerkschaftsbewegung.

Das „Korrespondenzblatt der Generalkommission der (sozialdem.) Gewerkschaften“ hat mitgeteilt, daß die Entwicklung, welche die freien Gewerkschaften im letzten Jahre genommen haben, nicht weniger wie erfreulich für diese gewesen sei, sondern ihnen erhebliche Mitgliederverluste gebracht hätte. Nach Nr. 2 des Blattes vom 10. Januar 1914 zählten am Ende des 3. Vierteljahres die der General-Kommission angehörenden Gewerkschaften 10 676 Mitglieder weniger als Ende 1912. Diese rückläufige Tendenz hätte im 4. Vierteljahre weiter angehalten, so daß mit einem größeren Mitgliederverlust zu rechnen sei.

Als Ursache dieser Erscheinung wird die schlechte wirtschaftliche Lage des vergangenen Jahres angegeben. Unserer Ansicht nach zu Unrecht. Die ungünstige Wirtschaftslage macht es höchstens erklärlich, daß der Mitgliederverlust nicht durch Gewinnung neuer Mitglieder wieder ausgeglichen werden konnte, gibt aber über die Gründe, die diesen Verlust hervorgerufen haben könnten, keine Auskunft. Daß die Lage auf dem Arbeitsmarkt einiger Gewerkschaften vielleicht manchen abgehalten hat, den Gewerkschaften beizutreten und ihnen seine Ersparnisse zu opfern, die er bei den unsicheren Zukunftsaussichten besser für sich behalten wollte, geben wir gerne zu; außerst unwahrscheinlich ist es aber, daß die angesetzten Mitglieder wegen der Arbeitslosigkeit den Gewerkschaften den Rücken gekehrt hätten, also in einem Augenblick, wo sie auf Unterstützung durch ihren Verband hoffen, wo sie eine Gegenleistung, einen Vorteil für ihre gezahlten Beiträge beanspruchen könnten, sich von ihm abgewandt hätten. In Zeiten der Arbeitslosigkeit brauchen die Mitglieder keine Beiträge zu entrichten; wenn sie wegen Arbeitslosigkeit austreten, so tun sie es nur, weil ihre Gewerkschaft sie nicht genügend unterstützt, sie in der Not in Stich gelassen hat. Dies mag für viele auch der Grund zum Austritt gewesen sein, die Gewerkschaften werden aber gerade diesen Grund nicht angeben und also mit ihrer Behauptung, die Arbeitslosigkeit sei die Ursache zu den Massenaustritten gewesen, nur die Schuld an ihrem Rückgang faktoren zuschieben wollen, die außerhalb ihres Einflusses liegen.

In diesem ihrem Bestreben haben sie eben gar nicht an die Folgen gedacht, die man ziehen muß, wenn man den angegebenen Grund als die wirkliche Ursache des Mitgliederchwundes ansieht. In Wahrheit werden aber an dem Rückgang die freien Gewerkschaften selbst die Hauptschuld tragen. Denn auf die Dauer paßt es einfach den Arbeitern nicht, immer nur zahlen und zahlen zu müssen, sie wollen auch einmal Erfolge ihrer Gewerkschaften sehen. Mit diesen sieht es aber traurig aus. In diesem Jahr sind nennenswerte Streikfolge eigentlich überhaupt nicht zu verzeichnen, dagegen um so mehr schwere Niederlagen. Das „Korrespondenzblatt“ schreibt selbst resigniert: „Darin zeigte sich wiederum die der Arbeiterschaft nachteilige Wirtschaftslage, die den Erfolg ihrer Vorkämpfe fast völlig in Frage stellte.“ Es geht aber auch hier nicht an, die Schuld an dem Ausbleiben der Erfolge, die verlustreichen Streikniederlagen einfach auf die Wirtschaftslage zu schieben, denn in anderen Jahren waren die sogenannten Erfolge auch nicht viel besser!

Nehmen wir das Jahr 1912 als Beispiel. Den Metallarbeiterverband allein kosteten die Streiks und Ausbesserungen in diesem Jahre (Auslagen der Gewerkschaft und Verlust an Arbeitslöhnen, ungeachtet der Verluste der Unternehmer) 8 716 794 Mark. Dieser Meilenstein stehen an durch die Kämpfe erreichten Lohnverbesserungen und verhinderten Verschlechterungen ganze 35 414 Mark gegenüber. Um also die den Metallarbeitern und ihrem roten Verband erwachsenen Streikfolgen zu decken, sind 246 Wochen regelmäßiger Arbeit erforderlich, d. h. die Arbeiter kommen überhaupt erst im günstigsten Falle nach 4 1/2 Jahren in den Genuß ihrer „Streikfolge“. Der Metallarbeiterverband bildet aber nicht etwa eine Ausnahme. Die Gesamtheit der Zentralverbände der sozialdemokratischen Gewerkschaften Deutschlands schneidet auch nicht besser ab.

Nach dem „Korrespondenzblatt der Generalkommission“ vom 27. September 1913 hatten die Streiks und Ausbesserungen im Jahre 1912 nur für 21,8 Prozent der beteiligten Arbeiter einen Erfolg, während sie für 73,7 Prozent der beteiligten gänzlich erfolglos endeten. Die Streikfolgen der Gewerkschaften erreichten die ichone Summe von 11 733 749 Mark, zu welcher noch die Ausfälle an Arbeitslöhnen und die den Unternehmern durch die Arbeitsverhinderungen erwachsenen Verluste hinzuzuzählen sind. Summen, die man nicht hoch genug veranschlagen kann. Die Gewerkschaftskassier gibt den Lohnverlust nur für 304 979 Arbeiter, also nur für rund 1/3 der Gesamtzahl der Streikenden und Ausgesperrten an; dieser machte aber bereits 21 144 430 Mark aus.

Bei diesen völlig negativen Erfolgen der verfehlten Streikpolitik der roten Gewerkschaften kann es wirklich nicht Wunder nehmen, wenn tausende von Arbeitern sich von ihrem Verbände abwenden, wundern könnte man sich höchstens darüber, daß sie solange bei den freien Gewerkschaften überhaupt ausgehalten haben, daß sie nicht früher schon erkannt haben, daß die roten Gewerkschaften ihnen

wohl viel Geld kosten, aber nichts einbringen als Lohnverluste und Maßregelungen. Uebrigens sehen die Sozialdemokraten bereits selbst ein, daß fast ausschließlich die Erfolgslosigkeit der gewerkschaftlichen Taktik an dem Mitgliederverluste die Schuld trägt. In der letzten Nummer der „Neuen Zeit“ wird deshalb der Vorschlag gemacht, alle Gewerkschaften, gleichwie welcher Verufe, zu einer einzigen großen Zentralgewerkschaft zu vereinigen. Bei Lohnkämpfen in einem Gewerbe würden dann den Streikenden die Mittel sämtlicher bisher getrennter Gewerkschaften zur Verfügung stehen. Der neue Zentralverband würde dann eine Macht sein, die es mit jedem Unternehmer, mit jeder Arbeitgeberorganisation aufnehmen könnte, die vor allem aber auch mit Aussicht auf Erfolg den Generallstreik beginnen könnte, nicht nur um wirtschaftliche Vorteile, sondern gerade auch um eine Erweiterung der politischen Rechte, sowie weitgehende Zugewinne seitens der Regierung und der Parlamente zu erlangen. Eine endgültige Stellung zu diesem Vorschlage wird man allerdings erst einnehmen können, wenn eine größere Anzahl Stimmen der Gewerkschaftsführer hierzu vorliegen. Interessant ist der Vorschlag aber jetzt bereits auf jeden Fall, gibt er doch die Erfolgslosigkeit und Ohnmacht, Positives zu erreichen, der freien Gewerkschaften offen zu, und zeigt endlich deutlich, daß es den Gewerkschaftsführern in erster Linie um die Erlangung der politischen Macht zu tun ist, daß Streiks und Lohnkämpfe für sie nicht Mittel zum Zweck, sondern Selbstzweck sind, um die Massen immer mehr zu verheben, sie in einer dauernden künstlichen Aufregung zu erhalten. Denn nur eine derartig fanatisierte Arbeiterkraft, die in ihrem Halse gegen die heutige Gesellschaftsordnung nur ein Ziel, deren Vernichtung, kennt, läßt sich als willensvolle Masse von den Führern blindlings leiten, und gegebenenfalls auch vor die Bajonette und Maschinengewehre der Soldaten treiben, um in offener Revolution ihre Pläne durchzusetzen. Diese wilde Kampfstimmung, die die Voraussetzung für die gewalttätige Errichtung des Zukunftsstaates, d. h. der Gewalt Herrschaft, der Zerronnen der Obergewalt ist, hervorgerufen und zu schüren, ist der eigentliche Zweck der freien Gewerkschaften. Darum müssen die Arbeiter von einem Streik in den anderen gekehrt werden, gleichgültig ob Aussicht auf Erfolg vorhanden ist, oder nicht. Im Gegenteil, gelegentliche Niederlagen schaden nicht nur nichts, sondern sie müssen sogar, steigern sie doch die Erbitterung der Kampfstimmung. Dauernde Niederlagen erschöpfen aber die Kräfte und machen mutlos. Daher der augenblickliche Rückgang in der Gewerkschaftsbewegung und der Plan, durch Vereinigung der Massen neue Mittel zu finden, neuen Kämpfen zu gewinnen, sich eine derartig schlagkräftige Organisation zu schaffen, daß augenblickliche Misserfolge ihr nichts anhaben können, sondern die Sozialdemokratie ihrem Ziele, die völlige Fanatisierung und Verheerung der Arbeiterkraft zu erreichen, nur näher bringen.

Ein neuer Zabern-Sturm.

Im Reichstag hat sich der sozialdemokratische Abgeordnete Frank die Geschmackslosigkeit geleistet, den deutschen Kronprinzen zu schwächen, es so darzustellen, als ob er lächerlich nach einem Staatsstreich sei und die Verfassung verachte, und daß es demgegenüber für das deutsche Volk an der Zeit sei, seine Geschicke selbst in die Hand zu nehmen.

Was dies in dem Sinne des Herrn Frank heißt, braucht wohl nicht erläutert zu werden. Aber der sozialdemokratische Randalstrolach glaubt doch gewiß selbst nicht im Entferntesten daran, daß seine Worte dem Gefühle und den Gedanken des deutschen Volkes entsprechen. In seinen sozialdemokratischen Blättern und in den Blättern vom Schlage des „Berliner Tageblatt“ oder der „Frankfurter Zeitung“ mag er wohl auf ein verständnisvolles Echo seiner Rede stoßen; hinter solchen Blättern steht aber das deutsche Volk ebenso wenig wie hinter denen der sozialdemokratischen Partei. Herr Frank möge es sich nur gesagt sein lassen: Das deutsche Volk in seiner riesigen, überwältigenden Mehrheit sieht mit aufrichtiger Verehrung auf den deutschen Kronprinzen. Es schätzt in ihm einen Mann von Temperament und Natürlichkeit und vor allen Dingen einen fernestehenden deutschen Mann, dessen nationalen Gefühle von der Begeisterung für die deutsche Sache noch zu lodenden Flammen angefaßt werden können. Bei der Schwächlichkeit der in blaffen Erwägungen sich ergebenden deutschen Politik tut es wohl, auch bisweilen mal Worte zu hören oder Handlungen zu sehen, die der Selbstachtung des Volkes nach einer kraftvollen, bestreudenden Tat entsprechen. Die Szenen mögen unseren Kronprinzen soviel schmerzen wie sie wollen, sie zeigen dadurch nur, daß sie ihn fächten. Und je mehr sie schmerzen, desto größer wird unser Vertrauen zu ihm; denn wer von der Sozialdemokratie fortgesetzt so niederträchtig angegriffen wird wie unser Kronprinz, der muß im bürgerlichen und nationalen Sinne ein tüchtiger Mann sein.

Die Reichstagsführung.

(Telegraphischer Bericht der „Wiesbadener Zeitung“.)

h. Berlin, 23. Januar.

Präsident Reimann eröffnet die Sitzung um 12 Uhr. Am Bundesratsitz: v. Bethmann Hollweg, Delbrück, Kühn, Lisco, v. Jagow, v. Falkenhayn, Raabe.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst

Kleine Anfragen:

Abg. Duard (Soz.): Will der Herr Reichskanzler die nötigen Schritte tun, um angehend der Feststellungen im Frankfurter Giftmordprozeß eine Ergänzung der deutschen Gesetzgebung und Verordnungen über den Handel mit Giften durch Einbeziehung feuchterreagender Mikroorganismen in das amtliche Verzeichnis der Gifte sowie eine internationale Regelung des Handels mit Gift und solchen Mikroorganismen in Anlehnung des § 12 der preussischen Landespolizeiverordnung vom 22. Febr. 1906 in die Wege zu leiten?

Ministerialdirektor Jonakiewicz antwortet: In dem Strafverfahren ist festgestellt worden, daß er sich in den Besitz von Bazillen gesetzt hat. Laut Verordnungsverordnungen ist es in Deutschland unmöglich, daß nichtberechtigte Personen sich in den Besitz derartiger Mittel setzen. Es ist aber zu prüfen, ob auf dem Wege internationaler Vereinbarung Vorkehrungen gegen den Bezug derartiger Mittel aus dem Auslande geschaffen werden kann. Die Rechtsgrundlagen sind aber sehr verschieden.

Es folgt die Beratung der

Interpellation der Sozialdemokratie:

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um Verfassung und Recht zu schützen gegen die gleichwichtigen Übergriffe der Militärgeheimnisse, wie sie durch die kriegsgerichtlichen Verhandlungen über die Vorgänge in Zabern offenbar geworden sind und die in beiden Häusern des preussischen Landtags Unterstützung gefunden haben? sowie der

Interpellation der Fortschrittlichen Volkspartei:

In dem Verfahren gegen den Obersten v. Reuter aus Zabern wegen unbefugter Amtsannahme und Freiheitsberaubung hat der Angeklagte (anscheinend unter Zustimmung des Kriegsgerichts) sich darauf berufen, daß nach Vorschriften, welche für das preussische Kontingent der deutschen Armee in Gestalt seien, ein Militärbefehlshaber berechtigt sei, ohne Requisition der Zivilbehörden die polizeiliche Gewalt an sich zu nehmen, ohne daß der Belagerungszustand verhängt ist und ohne daß die Zivilbehörde durch äußere Umstände außer Stand gesetzt ist, militärische Hilfe zu requirieren. Oberst v. Reuter hielt sich nach seiner Aussage auf Grund dieser Dienstvorschriften für berechtigt, ohne von der Zivilbehörde ersucht zu sein, am 28. November 1913 die öffentliche Gewalt in Zabern an sich zu nehmen, einen öffentlichen Platz und eine Straße durch das Militär räumen zu lassen, zahlreiche Verhaftungen vorzunehmen und die Verhafteten bis zum anderen Vormittag in Haft zu behalten. Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um den dringenden und kühnen Gefahren zu begegnen, welche sich aus dieser Sachlage für die persönliche Sicherheit der Bevölkerung, für das Ansehen der Zivilbehörden, aber auch der Armee und für die verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Grundlagen der persönlichen Freiheit ergeben und die in Elsas-Verträgen eingetragene lebhafteste Beunruhigung der Bevölkerung zu beheben?

Es wird in die Besprechung der Interpellationen eingetreten.

Sozialdemokratische Angriffe.

Abg. Frank (Soz.) begründet die sozialdemokratische Interpellation, wobei er u. a. ausführt: Der Reichskanzler wurde von allen Seiten angegriffen. Das passiert sonst nur bedeutenden Staatsmännern. Herr Baumbach hat festgestellt, daß der Reichskanzler im großen und ganzen national ist. Man weiß nie so recht, wie man mit der nationalen Politik dran ist. Das ist immer nur ein Schritt nach rechts, ein Schritt nach links, ein Schritt vorwärts und zwei Schritte rückwärts! Das Volk will wissen, ob es vorwärts oder rückwärts geht. Die Zabernfrage ist keine juristische, sondern eine politische. Hier soll es sich zeigen, ob es vorwärts gehen soll zum Verfassungsstaat, oder rückwärts zum Polizeistaat. Der Reichskanzler hat im Dezember selbst anerkannt, daß in Zabern Ungeheuerlichkeiten vorgekommen sind. („Hört, hört!“) Dann kam die Rede der Konservativen. Der Kanzler wurde nun schwankend. Die Freisprüche der Reuter, Fortner und Schadt waren Kolbenhiebe für den Reichskanzler. Was will er nun tun, um sein Wort einzulösen und sein Ansehen zu wahren? Weshalb hat er weiter nichts getan, als den Gerichtsherrn auf jede Verurteilung und Revision verzichten zu lassen? („Hört, hört!“) Infs.) Was hat die Meinung des Kanzlers so gänzlich geändert? Es gibt nur die eine Erklärung, daß er vor der Militärpartei kapituliert hat. Die Straßburger Urteile beweisen nur die Unhaltbarkeit der Militärgerichtsbarkeit. Die Militärgerichtsbarkeit muß abgeschafft werden. Es ist unerträglich, daß Richter einen Angeklagten zu der von ihnen selbst ausgesprochenen Freisprechung beglückwünschen, und daß der Präsident eines Gerichts an konservative Politiker über die vollzogene Freisprechung gewissermaßen Bericht erstattet. In Straßburg waren für das Gericht nur Beweismittel der blauen Anöpfe maßgebend. Die elsaß-lothringische Regierung hat bereits erklärt, daß nach ihrer Meinung die Kabinettsorder bei ihr nicht gilt, ebenso die württembergische und die bayerische Regierung. Hier bildet sich wieder einmal eine preussische Cliqua heraus. Mit dem Oberst v. Reuter wird ein förmlicher Kultus getrieben. Staatssekretär Petri hat ihm Unwahrheit vorzuerzählen, und diesen Mann verherrlichen Sie als Abg. Ideal! Herr v. Jagow hat sich in ein schwebendes Verhängen einemüht. Er scheint ja der geachtete Statthalter für die Reichsländer zu sein. Für ihn gilt das Wort: Er ist zu nichts und zu

Anglo-American Church of St. Augustine.
Jan. 25. Conversion of St. Paul. Sunday. 8.50 Holy Eucharist. Alms for
Jan. Mission. 11. Mattins & 4 Sermons. 12 Holy Eucharist. 4 Evening
Jan. 28. Wednesday. 11. Mattins and Litany. 1.30 Holy Eucharist.
Jan. 30. Friday. 11. Mattins and Litany. 3. Lecture on Colonists.
NB. The Church is open daily from 10—12.
J. E. Freese, M. A. (Chaplain), Adolphiace 48.

eine vermehrte Anlage von Fischereihäfen an der Ostsee- und in den Bights bedacht zu sein.

Abg. v. Rathmann (kon.): Bei dem zu erlassenden Fischereigesetz müssen auch die kleinen Fischer berücksichtigt werden. Im übrigen ist Genossenschaftszusammenschluss zu empfehlen.

Abg. Gerlach (Str.) unterstützt den Antrag, der sich auch besser auf die Nordsee erstreckt hätte.

Eingegangen ist ein Antrag Rathmann (natl.), der auch von den Freisinnigen und vom Abg. Dr. Hahn (kon.) unterstützt wird: Den Fonds zur Hebung der Fischerei um 30 000 Mark zu erhöhen zu Gunsten einer Propaganda für ein Fischereigesetz der preussischen Hochseefischereihäfen.

Abg. Schmitt (Hortsch. Vo.): Wir sind für beide Anträge, aber gegen den konservativen Seite empfohlenen Fischzoll.

Landwirtschaftsminister Freiherr von Schorlemer: Wir werden alles tun, um die Not der Fischer durch die Hochwasserstände zu lindern. (Weifall.) Die Lage der Ostseefischerei ist nicht so ungünstig, wie vielfach angenommen wird. Der Ertrag hat sich dauernd gehoben und beträgt jetzt über 10 Millionen Mark. Ebenso nimmt die Zahl der Fischer dauernd zu. Der Ausbau der Fischereihäfen gehört zum Ressort des Ministers der öffentlichen Arbeiten. Der Ausbau des Hafens bei Dampierort kann erst erfolgen, wenn unsere Versuche, die Sandföhrung zu ändern, von Erfolg begleitet sind. Beim Hafen von Zoppot stehen Bedenken entgegen, daß die Fischer sich immer mehr mit Bergungsfahrten für die Bodengüte beschäftigen. Die Anlage eines besonderen Hafens bei Grauz, die auch technisch auf Schwierigkeiten stößt, dürfte sich mit Rücksicht auf den mit großen Kosten gebauten nahe gelegenen Hafen von Neufährn erübrigen. Dagegen wird die Hafenanlage Rüdten zweifellos zuzunehmen kommen und wesentlich zur Wiederbelebung der Seefischerei beitragen. Das Fischereigesetz wird voraussichtlich noch in dieser Session vorgelegt werden. Dann werde ich auch versuchen, große Mittel zur Förderung der Fischerei zu erhalten. (Weifall.)

Abg. v. Böhndorf-Höpin (kon.) schließt sich dem Antrag Rathmann an. Für die Ostseefischerei muß mehr als bisher geschehen, namentlich durch Vermehrung von Motorschiffen und Einkesseln von Dampfern.

Abg. Waldheim (Hortsch. Vo.): Es muß den Fischern ein dauernder Ablass ihrer Fänge gesichert werden. Der Hamburger Etat enthält 12 000 Mark zur Fischabzugspropaganda. Da darf Preußen nicht zurückbleiben, da sonst Preußens Hafen durch die Hamburger Konkurrenz geschädigt werden.

Abg. Dr. Newoldt (freikons.): Die Erklärung des Ministers ist mit Freuden zu begrüßen. Die Fischer werden zu ihm das Vertrauen haben, daß er alles tun wird, was in seinen Kräften steht. Wir werden den beiden Anträgen zustimmen.

Abg. Dr. Hahn (kon.): Die Agitation auf einen Zoll auf Seefische ist aus Interessententzwecken und nicht aus Agrarfreundschaft hervorgegangen. Diesen Wünschen habe ich, wie es meine Pflicht als Volksvertreter war, meine bescheidene Unterstützung gewährt. Jetzt werden vielfach gesagene Dinge als grüne Färbung eingeführt. Diefem unlauteren Wettbewerb muß ein Ende gemacht werden. Es ist Pflicht der Regierung, unsere Hochseefischerei zu fördern. Die preussische Fischerei wird durch die Hamburger Konkurrenz geschädigt.

Abg. Rathmann (natl.): Ich freue mich, daß meine Anträge hier solche Zustimmung gefunden haben und danke besonders den Konservativen für ihre Unterstützung.

Landwirtschaftsminister Freiherr von Schorlemer: Ich bin kein Bürokrat, der alles an sich reihen will. Wenn ich der Meinung wäre, daß die Fischerei bei einem anderen Ressort besser aufgehoben wäre als bei mir, so würde ich dem nicht entgegenstehen. Vorläufig aber kann ich die Anstellung besonderer Fischereibeamten, abgesehen von den Vorkontrollen, nicht versprechen. Mit Hamburg schweben Verhandlungen, um die unzulässige Konkurrenz zu beseitigen. Sollten an der Elbe sich Fischer in besonderer Notlage befinden, so bin ich gern bereit, im Rahmen der vorhandenen Mittel zu helfen. Bisher sind aber Gesuche um Unterstützungen an mich nicht ergangen.

Abg. Braun (Soz.): Die Junker haben allerdings die Position der Fischer um einen Fischerzoll nicht unterschritten, weil sie bisher den gefährlicheren Beruf der Fischer nicht ausübten.

Abg. Hoffmann (Soz.): Sie machen andere Fischzüge. (Heiterkeit.) Ein Zoll auf Fische würde nur den Interessenten die Taschen füllen und ein wichtiges Volksmittel vernichten.

Die beiden Anträge werden zur näheren Beratung an die Budgetkommission überwiesen.

Abg. Hoffmann (Soz.): Ich verlanget eine größere Förderung der Fischerei in unseren Flüssen.

Abg. Dr. Dahlem (Str.): Auch ich bitte den Minister, der Rheinischerei sein Augenmerk zu schenken. Jetzt ist die

ganze Rheinischerei vielfach an Holländer verpachtet, die unsere heimischen Fischer aufs schwerste schädigen.

Das Kapitel wird bewilligt. — Es folgt Kapitel Landemelliorationen: Moor, Deich, Ufer und Dünenwesen.

Bei den nächsten Kapiteln werden verschiedene Lokalwünsche vorgebracht, deren mögliche Berücksichtigung der Landwirtschaftsminister aufzählt.

Schluß 6 Uhr. — Nächste Sitzung Samstag 10 Uhr. — Weiterberatung des Etats.

Kurze politische Nachrichten.

Der Kaiser und der Preussentag.

Bekanntlich hat der Preussentag ein Guldigungssteuergesetz an den Kaiser geschickt; von einer Verantwortung dieses Telegramms aber ist bisher nichts bekannt geworden. Wäre eine Antwort des Kaisers erfolgt, so würde sie sicherlich veröffentlicht worden sein. Da sie jetzt noch erfolgt wird, ist an und für sich unwahrscheinlich.

Vom Bundesrat.

Der Bundesrat überwies den zuhändigen Ausschüssen den Entwurf eines Gesetzes betr. die Uebernahme von Vermögenswerten durch den Reichsfiskus zwecks Förderung des Baues von Kleinwohnungen für Reichs- und Militärbedienstete, eine Ergänzung der Ausführungsbestimmungen zum Kaiserliche, den Entwurf eines Gesetzes über die weitere Zulassung von Hilfsmitteln in der Kaiserlichen Patentamt, sowie die Entwürfe einer Beschöhrnung und eines Einföhrungsgesetzes. Zustimmung erteilt wurde der Aenderung des Schlußprotokolls der dritten internationalen Konferenz für technische Einheit im Eisenbahnbereich, dem Entwurf einer neuen Anlage I zu dem internationalen Uebereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr. Ueber die Besetzung einer Reichsgerichtsratsstelle wurde Beschluß gefaßt.

Die Kommission zur Ausschöpfung des Reichstages

trat am Donnerstag vormittag zusammen und beschloß, in der Frage des Anlaufes der Gobelins von der gräflich Vandiffin-Rankhousen'schen Fideikommissverwaltung in Rankhau bei Bloen, am 7. Februar nach Rankhau zu reisen und die Gobelins zu besichtigen und zu prüfen, ob sie für den Festsaal im Hause des Reichstagspräsidenten geeignet sind. Weiter wurde beschloßen, zur Ausfüllung von vier Mäßen an der Ostseite des Plenarsaal'ses figürliche Darstellungen in Bronze zu wählen, die die vier Kardinaltugenden: Weisheit, Tapferkeit, Gerechtigkeit und Mäßigkeit darstellen sollen. Die Ausführung der Allegorien wird dem Professor Fritz Klimsch übertragen.

Handel und Gewerbe im Reichstage.

Zum Reichshausrat hat der nationalliberale Abgeordnete Baffermann folgenden Antrag gestellt: Der Reichstag wolle beschließen: für die Bearbeitung derjenigen Gewerbe, welche den Handel und die Gewerbe betreffen, gemäß § 26 der Geschäftsordnung für den Reichstag eine besondere Kommission einzusetzen. Die Kommission für den Reichshausrat empfiehlt folgende Resolution anzunehmen: a) den Herrn Reichshausrat zu ersuchen, die vom deutschen Handwerkskammertag errichtete zentrale Beratungsstelle für die Berdingungsämter der einzelnen Handwerkskammern, welche die Vergabung öffentlicher Arbeiten und Lieferungen an das Handwerk fördern, zu unterstützen; b) die Bereitwilligkeit auszusprechen, bis zur dritten Session des Reichshausrates die Summe von 30 000 M. als Beitrag für diese zentrale Beratungsstelle in den Etat 1914 einzustellen.

Immer noch Kampf zwischen Ärzten und Kassen.

Aus Braunschweig wird berichtet: Die die „Braunschweigische Landeszeitung“ meldet, haben sich die Verhandlungen zwischen den hiesigen Ärzten und der Allgemeinen Krankenkasse zerfallen und sind nunmehr völlig abgebrochen worden. Die Krankenkassen haben die Absicht, sich mit weiteren Ärzten von außerhalb zu versorgen.

Austritt der Regierung Ismael Kemals.

Die „Äthiopische Korrespondenz“ meldet aus Valona: Die provisorische Regierung hat im Einvernehmen mit der internationalen Kontrollkommission demissioniert und die Regierungsgeschäfte der Kontrollkommission übergeben. Auf deren Beschluß bleiben einzelne Ministerien weiter bestehen. Die bisherigen Minister werden, soweit sie im Amt bleiben, den Titel von Generaldirektoren der einzelnen Ressorts führen.

Rußland und die armenischen Reformen.

In den politischen Kreisen Petersburgs, die mit dem Ministerium des Äußeren in Föhlung stehen, werden die

Londoner Meldungen, daß Rußland in der Frage der armenischen Reformen vor der Pforte den Rückzug angetreten habe und daß diese Frage überhaupt bereits erledigt sei, für völlig unbegründet erklärt. Erstens dauern die russisch-türkischen Verhandlungen noch fort und zweitens hat Rußland bisher in keinem Punkt der Reformfrage nachgegeben.

Besserung der Lage in Mexiko.

In Washington beurteilt man die Lage wieder sehr optimistisch, da weitere Konferenzen Pindis mit Magon, dem Vertreter Huertas, stattfinden werden. End soll jetzt die Zuziehung eines Vertreters der Revolutionäre verlangt haben.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 24. Januar.

Sitzung der Stadtverordneten.

In der gestrigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, in der 42 Mitglieder anwesend waren, erhielt vor Eintritt in die Tagesordnung vom Stadtverordnetenvorsteher Auktizrat Dr. Alberti der

Stadtver. Auktizrat v. Ed das Wort, um zu der Behandlung der Wahl des Beigeordneten Dr. Hek Stellung zu nehmen, wie sie durch die „Rheinische Volkszeitung“ erfolgt ist. Das liberale Blatt hat in der Wahl dieses protestantischen Beigeordneten eine Verletzung der Parität gesehen und seinem Unmut mit kräftigen und über das Ziel schießenden Bemerkungen Ausdruck gegeben. Stadtver. v. Ed führte aus: Vor vierzehn Tagen ist Dr. Hek aus Darmstadt mit überwältigender Mehrheit gewählt worden. Nichtig ist, daß Dr. Hek Protestant ist, gewählt aber wurde er, weil er der geeignete Bewerber war. Das hat dem hiesigen Zentrumsbüro Veranlassung gegeben, Hut zu schnauben und gegen den Wahlkörper einen unaussprechlichen Artikel loszulassen. Das hätte mich nicht veranlaßt, das Wort zu ergreifen, aber der Artikel enthält einige Sätze, in denen gesagt wird, es sei den Katholiken angeschlossen worden, ihnen einen katholischen Beigeordneten zu wählen, und ich halte es für wichtig, daß hier ausgedrückt wird, wer ein solches Versprechen gegeben und wer es gebrochen hat. Weder der Redakteur noch der Verleger des genannten Blattes gehörten dem Wahlkörper an, und ich nehme daher an, daß von katholischen Mitgliedern des Wahlkörpers dem Blatte solche Angaben gemacht worden sind. (Zuruf: Wird bestritten!) Wenn das nicht der Fall ist, so wird mich das sehr freuen, andererseits müßte doch eine größere Gruppe der Katholiken das Versprechen gegeben haben, bei einer Beigeordnetenwahl einen katholischen Bewerber zu wählen, wenn der Bürgermeister Travers gewählt werden würde. (Zuruf: Wird auch bestritten!) Wenn ein solches Versprechen gegeben worden wäre, so würde ich das sehr bedauern, denn wenn solche Versprechen gegeben würden, so würde es schlecht stehen um unsere Kommune. Die Bürgerschaft hat ein Recht, zu erfahren, daß solche Versprechen nicht abgegeben worden sind. Ich bin ermächtigt, im Namen der Stadtverordneten und der Magistratsmitglieder, die der Fortschrittlichen Volkspartei angehören, zu erklären, daß von ihnen kein derartiges Versprechen abgegeben worden ist.

Stadtver. Fink: Die Ausführungen des Herrn v. Ed geben mir die erwünschte Veranlassung, zu diesem Gegenstand zu sprechen. Ich brauche mich mit der Verteidigung des Artikels der „Rheinischen Volkszeitung“ nicht zu beschäftigen. Wer ihn verfaßt hat, wird die Verantwortung dafür zu tragen wissen. Der Kern der Sache ist aber ein ganz anderer. Sie haben in der letzten Wahl Herrn Dr. Hek zum Beigeordneten gewählt und damit erneut einen Beweis Ihrer Impartität gegeben. Es stand ein Mann von tadellosem Charakter und großen Fähigkeiten zur Wahl; er ist nicht gewählt worden, weil er Katholik ist und gegen eine solche Behandlung protestiert die katholische Gemeinde zu ihrem größten Teile ganz entschieden als gegen eine Ungerechtigkeit und Ungehörlichkeit. Wir verlangen nichts als Gleichberechtigung und daß unter der Voraussetzung der Tüchtigkeit und der Eignung der Katholik bei der Wahl nicht zurückgesetzt wird. In den Städten, in denen die Katholiken in der Mehrheit sind, wird nur nach dem Grundsatz verfahren, daß der tüchtigste Bewerber ohne Anziehung der Konfession gewählt wird, aber wo die anderen in der Mehrheit sind, da tritt man die Rechte der Katholiken mit Füßen, und so verfährt man auch in der Weltstadt Wiesbaden. Hier wohnen 3600 Katholiken, und über deren Rechte kann man nicht so ohne weiteres hinwegschreiten. Wir denken, daß wir eine Vertretung im Magistrat nötig haben, eine Vertretung, die auch vermittelnd und aufklärend wirken würde. Die Zivilgemeinde hat eine ganze Menge Berührungspunkte mit der Kirchengemeinde.

Kleine Mitteilungen.

Aus Kassel, 22. Jan., wird uns geschrieben: Wie ein weber Notizet Klingt ein Aufruf, den der Direktor Rorand von hiesigen Revidententheater an die Kasselei Einwohner richtet. Alle Bemühungen dieses Bühnenleiters scheitern nach monatelangen Versuchen an der absoluten Laubheit der 160 000 Einwohner. Selbst hervorragende Götze vermochten nicht zu helfen. An 20 Aufführungstagen wies der Kassentrakt eine Gesamtsumme von knapp 1000 Mark auf. Jetzt greift der Direktor nun zum letzten Mittel und bietet nach Art der Kinos Tugendarten zur Abnahme an. Wenn jedoch auch dieses Mittel fehlschlägt, dann will das Theater seine Vorstellungen in Kassel aufgeben und auf den kurhessischen Dörfern spielen.

Zur Kritik im Berliner Deutschen Schauspielhaus, das sich unter der Direktion Rank seit längerer Zeit in erheblichen finanziellen Schwierigkeiten befindet, wird dem „Tag“ mitgeteilt, daß zurzeit Sanierungsverhandlungen schweben, die vom Oberbürgermeister v. Glafeyn geführt werden. Man hofft, daß ein Modus vivandus gefunden wird, um den Betrieb des Theaters fortführen zu können. (Berl. unter Letzte Nachrichten. Red.)

Der Kronprinz hat die Einladung des Vereins Berliner Presse, dem am 31. Januar in den Räumen des Zoologischen Gartens in Berlin stattfindenden Presseball beizuwohnen, angenommen.

Der Kardinal und die Söngerin.

Albert Brundage, der ein Werk über die Geschichte der italienischen Oper in Frankreich vorbereitet, veröffentlicht im jüngsten Heft der „Revue“ eine zum großen Teil auf noch unbekanntem Material beruhende Studie über das Verhältnis Mozart's zur italienischen Oper, die einen ansehnlichen Beitrag zur Theatergeschichte bildet. Wir werden da mitten in jene Welt der Barockkultur hineingeföhrt, wo berühmte Sönger und Söngerinnen Großmächte waren, diplomatischen Einfluß hatten, eine politische Rolle spielten. Für keinen Künstler des sechzehnten Jahrhunderts galt das mehr, als für Leonora — Leonora, die schöne und berühmte Tochter der schönen und berühmten Mutter, die als die „schöne Adriana“ Rom und Venedig zu ihren Füßen gesehen hatte. Sie war nun freilich passé, Leonora aber wurde die Erbin ihrer Triumphe. Sie wurde nicht nur als Söngerin enthusiastisch bewundert, sondern genöht auch durch ihre tadellosen Manieren in der besten Gesellschaft hohe Achtung. Sie wurde mit Guldigungsgebüchten überschüttet. Milton hat sich in sie verliebt und sie besungen, der Kardinal Richelieu, der später als Clemens IX. den päpstlichen Stuhl bestieg, hat ihr ein begeistertes Sonett gewidmet. Er war von Jugend auf ein geradezu leidenschaftlicher Freund der Musik gewesen. Im Jesuitentögel hat er die Rolle des Ignatius Bonala in einer großen, das Leben dieses Heiligen behandelnden Oper von Johannes Hieronymus Kowberger gesehen. Er blieb also seiner Leidenschaft für die Musik nur treu, indem er sich an die schöne Leonora angeschlossen. War er ihr Freund? War er ihr Geliebter? Es ist nicht zu entscheiden; gewiß ist nur, daß er sich der gefeierten Söngerin gegenüber zeit seines Lebens zu großem Danke verpflichtet geföhlt hat: vielleicht ist sie es gewesen, die durch ihren Einfluß ihm den Weg zu hohen Würden geebnet hat.

Als Mazarin dann der große Minister am Hofe Ludwigs XIII. wurde, da hat er seine alte Liebe zur italienischen Musik und seine Bärtlichkeit für Leonora in höchst geschickter und merkwürdiger Weise in den Dienst seiner politischen Interessen gestellt. Vom Anfang an war Mazarin bestrebt, die italienische Oper systematisch am französischen Hofe einzuföhren, und zwar, um der königlichen Kammer und dem Adel eine neue und angenehme Unter-

haltung zu bieten und sie auf diese Weise bei guter Laune zu erhalten. Das war der Grund, weswegen er an der Inszenierung neuer Opern persönlichen, lebhaften Anteil nahm und mit Geldmitteln für ihre kostbare Ausstattung nicht sparte. Um die Vernunft großer Virtuosen nach Paris entpannen sich lange diplomatische Unterhandlungen. Worauf er aber besonderen Wert legte, das war der Besuch der schönen Leonora in Paris. Jetzt war es nicht „la piu virtuosa Dama d'Italia“ zur Zusage zu bewegen. Es folgten lange Verhandlungen und die Künstlerin war höchst anspruchsvoll: sie verlangte insbesondere, von der Königin persönlich, oder wenigstens durch den Gesandten amtlich zur Reise nach Paris eingeladen zu werden. Das letztere geschah denn auch, und zwar unter dem Angebot von tausend Pistolen als Reisekosten und ebenso viel als Gehalt für ein Jahr. So kam denn die große Leonora im Jahre 1644 wirklich in Paris an. Die Pariser kamen aus dem Kopfschütteln nicht heraus: wurde doch diese Söngerin wie eine große Dame von den Hausbeamten des Kardinals empfangen und der Königin vorgestellt. Im Sandumdrehen hatte sie die volle Günst der Königin Anna gewonnen. Diese gewährte ihr jederzeit freien Eintritt in ihre Gemächer, ernannte sie zu ihrer Kammerfrau, überhäufte sie mit Juwelen, Geschenken und Ehren aller Art und ließ sie so oft es nur immer anging singen. Der Hof machte laute Rienen, aber Anna war förmlich verliebt in die schöne Leonora.

Mitten in diese Triumphe hinein — der Hof befand sich gerade in Ruell; es war drückend heiß und die Königin atme nur abends aus, um dann durch die Stille der Nacht Leonoras Stimme zu hören — mitten in diese Triumphe hinein fiel der Tod Urbans VIII. Das war eine große Sache für Donna Leonora, denn wenn der Kardinal Pamphili gewählt wurde, so wurde ihr Freund Camillo Pamphili Kardinalnepot und damit allmächtig. Ihre Wünsche gingen auch wirklich in Erfüllung und nun war sie trotz aller Bitten der Königin nicht mehr zu halten. Mazarin sah seine Freundin jetzt auch leichten Herzens wieder scheiden. Er hatte sie wieder für sich bei der Königin intrigieren lassen, und es steht außer Zweifel, daß Leonora die leidende Reizung der Königin für den italienischen Kardinal sehr geschickt zu fördern verstanden hat. Als sie Kardinal verließ, begann es offenkundig zu werden, daß die Königin

und deshalb ist es richtig, wenn eine Beigeordnetenliste mit einem Katholiken besetzt wird. Wenn Sie sagen: „Wir sehen nicht nach der Konfession, sondern nach der Befähigung“, so kommen Sie damit nicht durch. Der Ausschuss hat selbst angegeben, daß Dr. Kluth, der katholische Bewerber, ebenso tüchtig ist wie Dr. Heß. Außerdem kommt dazu, daß Dr. Kluth sich schon in der Vergangenheit nach den ähnlichen Verhältnissen hat wie Wiesbaden, Erfahrungen in der Kommunalverwaltung erworben hat, während Dr. Heß noch nicht im Kommunaldienst tätig war. Die Ausschreibung verlangte auch ausdrücklich eine vorgängige Tätigkeit in der Kommunalverwaltung. Deshalb war das Verlangen der katholischen Bevölkerung nicht ungerechtfertigt und deshalb hat eine ganze Anzahl von Kollegen privatim zugelegt, den katholischen Bewerber zu wählen. Aber es ist anders gekommen. Die Parteien haben eingegriffen und eine Partei hat sogar einen Fraktionsbeschluss gegen die Wahl des katholischen Bewerbers angenommen. (Hört, hört!) Dr. Kluth mußte fallen, weil er Katholik war. Ich erkläre im Namen meiner Freunde und für meine Person, daß wir uns bei der Wahl des Bürgermeisters Travers von seiner Partei haben aufheben lassen, sondern daß wir nach freiem Ermessen und nach bestem Gewissen unsere Stimme abgegeben haben. Aber so macht man es mit den Katholiken nicht nur auf einem Gebiete; es wimmelt nur so von Injustiz gegen sie. In der Schuldeputation sind vier evangelische Lehrer und kein einziger Katholik. Eine solche Behandlung verbittet wir uns; da legen wir Protest ein im Namen der Katholiken Wiesbadens. Wir verlangen nichts anderes als Gleichberechtigung, und wir meinen, Sie müssen uns das entgegenkommen.

Stadt. Lohs erhebt ebenfalls Klagen über mangelhafte Parität bei der Bezeichnung von Beamtenstellen. Bei der Wahl vor vierzehn Tagen hätten die Stadtverordneten Gelegenheit gehabt, solche Beschwerden abzuwehren; statt dessen wurde Fraktionszwang ausgeübt. Der Redner hebt hervor, daß das Verhältnis zwischen Katholiken und Protestanten in keiner Stadt besser sei, als in Wiesbaden, und hofft, daß es so bleiben werde.

Stadt. Juchacz Siebert: Ich stehe auf dem Standpunkt, daß für die Wahl eines städtischen Beamten nicht die Konfession, sondern die Tüchtigkeit den Ausschlag zu geben hat. Ich habe auch den aufrichtigen Wunsch, die Wünsche unserer katholischen Mitbürger erfüllt zu sehen, nicht nur bei den Beigeordnetenwahlen, sondern auch bei anderen Gelegenheiten, wo ich auch schon so gehandelt habe, denn ich stehe auf dem Standpunkt, daß ein so großer Bevölkerungsanteil sich leicht verlegt und unerschrocken zurückgelehnt fühlen kann. Wenn aus den Wahlen so oft Protestanten hervorgehen, so ist das natürlich nicht Absicht. Ich würde mich außerordentlich gefreut haben, wenn Dr. Heß Katholik gewesen wäre. Aber Dr. Kluth ist bei der Wahl nicht durchgefallen, weil er Katholik ist, sondern wegen dieser seiner Konfession ist er in die engere Wahl gekommen. Wäre Herr Heß Katholik, so wäre er vermutlich einstimmig gewählt worden; wäre Kluth Protestant, so wäre er wahrscheinlich nicht in die engere Wahl gekommen. Wenn jemals ein Katholik wegen seiner Konfession wohlwollend bei einer Wahl ins Auge gefaßt wurde, so ist das bei Dr. Kluth geschehen. Dr. Kluth ist nach seinen Eigenschaften ein pflichttreuer, fleißiger, fähiger Beamter, aber die meisten Wähler waren eben der Ansicht, daß man mit Dr. Heß noch einen besseren Griff mache. Das Bessere ist nun einmal der Feind des Guten. Es war nicht Antipathie gegen die Katholiken, sondern ein ganz außerordentliches Entgegenkommen. Wir werden uns nach wie vor bei den Wahlen die Bewerber gründlich ansehen und es wird ihnen bei uns nie zum Nachteil gereichen, wenn sie Katholiken sind.

Stadt. Baumbach widerspricht den Ausführungen des Vorredners in ziemlichster Erregung. Man hatte Dr. Kluth nicht als Katholiken zur engeren Wahl zugelassen, sondern man hatte ihn in die erste Reihe gestellt, weil er ganz außerordentlich tüchtig ist. Bei der Wahl des Bürgermeisters Travers handelte es sich seinerzeit darum, ob die Stelle ausgeschrieben oder ob einfach Herr Travers gewählt werden sollte. Wir drei (das Zentrum) waren für die Ausschreibung in dem Gedanken, daß sich vielleicht ein Katholik melden würde. Aber als der einzige Katholik seine Bewerbung zurückzog, da haben wir keine Abmachungen getroffen, sondern gerade das Entgegengekehrte eintreten lassen. Bei der letzten Beigeordnetenwahl blieb es schon, ehe die Kommission überhaupt die Bewerbungen gesehen hatte, Dr. Heß wird gewählt. Es wird schon gesagt, in Wiesbaden muß man bei Ausschreibungen sich nicht an das Verlangte halten, sondern gerade das Entgegengekehrte eintreten. Wie bei dem Wettbewerb für den Ausbau der Kaiserstraße diejenigen Entwürfe prämiert wurden, die sich einfach an die ausgeschriebenen Bedingungen nicht hielten, so ist es hier, wo derjenige Bewerber gewählt wird, der die Bedingungen der Ausschreibung, nämlich die vorgängige Tätigkeit im kommunalen Dienst, nicht erfüllt. Der Redner erkennt an, daß Juchacz Siebert sich Mühe gegeben hat, für die Wahl des Katholiken zu wirken, die Herren um ihn haben aber den Fraktionszwang beschloffen. Man war der Meinung, daß man nach der Wahl eines katholischen Schuldirektors nicht gleich wieder einen katholischen Beigeordneten wählen könne.

Stadt. Demmer drückt seine Freude aus, daß seine Partei bei diesem „Kuhhandel“ (Zwischenruf) nicht beteiligt sei und erklärt, daß das Zentrum, wo es die Mehrheit hat, sich nicht im geringsten um die berechtigten Wünsche der Minderheit kümmere und ehe es deshalb Klagen über mangelnde Toleranz vorbrächte, sollte es deshalb selbst einmal diese Tugend üben.

In der weiteren Debatte, an der sich die Stadtverordneten Baumbach, Fink, Siebert, sowie die Stadträte Hees und Kalkbrenner beteiligten, hielt

Stadt. v. Ed. fest, daß von der fortschrittlichen Volkspartei bei der Wahl des Bürgermeisters Travers kein Fraktionszwang ausgeübt worden sei, und daß es bei seiner Partei einen solchen Zwang überhaupt nicht gibt, also auch bei der Wahl des Dr. Heß nicht gegeben hat. Es handelte sich aber überhaupt nicht darum, ob es richtig sei, einen Katholiken zu wählen oder nicht, sondern darum, ob den Katholiken, wie in dem Artikel der „Rheinischen Volkszeitung“ behauptet worden sei, die Wahl eines katholischen Beigeordneten versprochen worden sei. Wenn Klipp und Klar erklärt würde, daß das nicht geschehen ist, so sei festgestellt, daß die „Rheinische Volkszeitung“ die Unwahrheit gesagt hat. Der Redner führt dann aus, daß die Katholiken nie und nirgends unter den bestehenden Verhältnissen gestritten haben, sondern vielmehr dadurch, daß kein katholischer Lehrer in der Schuldeputation vorhanden ist. Da unsere Schulen aber simultan sind und die katholischen Lehrer alle dem katholischen Lehrerverein angehören, der die Bekämpfung der Simultanen auf seine Fahne geschrieben habe, so könne man ihnen eine Vertretung in der Deputation nicht zugehen. Der Redner sagt sich schließlich dahin zusammen, daß das, was die „Rheinische Volkszeitung“ von einem den Katholiken gegebenen Versprechen geschrieben habe, nicht wahr sei und daß ein Kuhhandel nicht stattgefunden habe.

Projekt für die Umgestaltung des Kochbrunnen-Eingangs am Kranzplatz.

Stadt. Schweighaus als Berichterstatter des Bauausschusses erläutert das Projekt, das einen Kostenaufwand

von 16000 Mark erfordert. Der jetzt dicht an der Trinkhalle liegende Eingang wird verlegt und befindet sich nach dem Plan inmitten eines weichen Holzgitters in Gestalt eines drei Meter breiten eisernen Tores in der Gegend der jetzigen Bretterwand. Eine große Anzahl Bänke gelangt in die Anlagen, die auch teilweise verändert werden, zur Aufhellung und der Boden, der jetzt bei Regenwetter zu wünschenswerten Umständen nicht betreten wird.

Aus der vom Stadtv. Demmer angeregten Debatte geht nach der vom Beigeordneten Körner gegebenen Auskunft hervor, daß der Plan einer gänzlichen Umgestaltung der Kochbrunnenanlage mit mehreren hunderttausend Mark Kosten durch das vorliegende Projekt nicht berührt wird. Dieser größere Plan wird voraussichtlich aber erst nach Jahren zur Reife und zur Ausführung gelangen.

Die Vorlage wurde angenommen. Ein Abkommen mit dem Rentner Peters wegen der Regelung seiner Beitragsleistung zu den Kosten der Freilegung und des Ausbaus der Straße „Am Paulinenschloß“ fand ebenfalls Annahme.

Schlusssatzung für den Rathausneubau. Stadtv. Böhner erhält für den Bauauschuss den Bericht. Bewilligt sind bisher 5685 926 M., Kosten sind entfallen 574511 M., so daß noch 4855 M. nachzubewilligen sind.

Die Vorlage wird angenommen. Dem beantragten Austausch von Gelände an der Friedrich-Etto-Straße wird ohne Debatte zugestimmt.

Bei der Abänderung des Ortsstatutes der gewerblichen Fortbildungsschule handelt es sich um eine Formfrage. Der Bezirksausschuss hat nämlich angeregt, anstatt eines Anhangs für Kleidermacher- und Schuhmacherinnen zum Statut ein neues Statut herauszugeben. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt demgemäß.

Ueber die Befreiung einer Anzahl nichtangelegter Techniker und Hilfsarbeiter von der Angehörigen-Versicherung

entzündet sich eine ausgedehnte Debatte, in der die Stadtverordneten Siebert, Fink, Andres und Barner warm dafür eintreten, daß der Segen der feinen Anstellung möglichst vielen Hilfsbeamten und Technikern zuteil wird. Der Magistrat wird von den Rednern wiederholt auf den Artikel in der „Wiesbadener Zeitung“ vom 7. Dezember hingewiesen, in welchem ausgerechnet wurde, daß die Stadt dabei nur ein gutes Geschäft machen würde.

Vom Oberbürgermeister und Bürgermeister Travers wurde den Ausführungen der Redner verschiedentlich entgegengetreten. Die Versammlung nahm schließlich die Vorlage an. Die grundsätzliche Seite der Angelegenheit wird wahrscheinlich bei der Beratung des Etats noch einmal gründlich durchgesprochen werden und vielleicht zu Anträgen führen, durch welche die bestehende Uebung nach dem Vorgange von Frankfurt oder nach einem anderen System umgestaltet werden soll.

In den Vorstand der gewerblichen Fortbildungsschule wird das bisherige Mitglied Glücklich wieder- und der Kaufmann Hofmann, Seerobertstr. 29, neu gewählt.

Die ausstehenden Mitglieder des Grundsteuerausschusses werden wiedergewählt.

Die Wahl der Kommissionen erfolgte nach den vom Stadtv. Siebert vorgetragenen Vorschlägen des Wahl-Ausschusses.

Für das Museum wird eine neue Präparatorienkette mit einem Anfangsgehalt von 1800 Mark bewilligt.

Das Gehalt des neuen Beigeordneten Dr. Heß wird auf 6000 M., nach dem ersten Jahre auf 6800 M. festgesetzt; dann steigt es alle drei Jahre um 800 M. bis auf 9000 M. Dem Neugewählten werden acht seiner Dienstjahre auf das Pensum, und fünf Jahre auf das Besoldungsdienstalter angerechnet.

Durch die Wahl des Oberingenieurs Schulte zum Stadtrat machen sich bei den Wasser- und Lichtwerken Personalveränderungen notwendig. Herr Oberingenieur Epieser, der jetzt die Direktorialgeschäfte führt, erhält auf Verzicht der Stadtverordnetenversammlung die bisher von Oberingenieur Schulte dafür bezogenen Zulage von 1200 M. jährlich, und das Gehalt des Oberingenieurs Seines, der jetzt dem Elektrizitätswerk vorsteht, wird von 4150 M. auf 5000 M. erhöht.

Die Vorlage über Personalveränderungen bei der Haupt- und den Zweigverwaltungen wurde bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt und die Sitzung dann geschlossen.

Der kommandierende General des 18. Armee-Korps, General d. J. v. Schand, wohnte gestern der Rekrutenbesichtigung unserer Kämpfer bei. Er wird aus dem gleichen Anlaß auch heute in unserer Stadt anwesend sein. Die Kasernen der Kämpfer und der Siebenundzwanziger haben aus diesem Grunde geschlossen.

Silberne Hochzeit. Die Eheleute Emil Dewald und Frau, Feldstraße 12, hier, feiern am Montag, 26. Januar, das Fest der silbernen Hochzeit.

Eisreiben auf dem Rhein. Nachdem sich am letzten Freitag das Eis auf dem Main gestellt hatte, war der Rhein fast gänzlich eisfrei. Seit gestern bricht er aber wieder erneut Treibeis in großen Mengen, so daß in Dieblich die Landebrücken der Dampfer abgefahren werden. Die dortigen Kruppen sind nun auch angefroren und dürfen bald zum Schlittschuhlaufen freigegeben werden.

Der Deutsche Schriftstellerverband Wiesbaden-Main hat in seiner Jahresversammlung, die am 21. Januar im Kurhaus stattfand, den bisherigen Vorstand, bestehend aus den Herren Chefredakteur Großbus 1. Vorsitzender, v. Konrad 2. Vorsitzender, Deins, Gortzen, Schriftführer, Oberst a. D. Adolph und J. Chr. Glücklich sen. Beisitzer, einstimmig wiedergewählt. Zur Kassenvorwalterin wählte die Versammlung anstelle der Frau Johanna Weiskirch, die Wiesbaden demnach verläßt, Frau Edw. Berner wurde Herr Reichsanwalt v. Jell als Beisitzer neu in den Vorstand gewählt. Die Prüfung der Kassenvorwalterin hatte Herr Benator übernommen, der alles in Ordnung fand und Entlastung beantragte. Die Versammlung sprach die Entlastung aus. Schließlich wurde noch ein dreigliedriger Ausschuss gewählt, dem die Pflicht obliegt, die Deminorationsangelegenheit zu fördern. Nachdem der geschäftliche Teil erledigt war, ertrugen Frau Marie Sauer und Herr Max Baumbach die Anwesenden mit dem Vortrag neuer eigener Dichtungen.

Angelommene Fremde. Die neueste Fremdenliste verzeichnet u. a. folgende Namen: v. Basse, Reg.-Präsident, Arnberg (Hotel Viktoria), Graf und Gräfin v. Bahr-Bandeln, Majoratsherr m. Bed., Bandeln (Kr. Greifswald), (Pension Marg), v. Bahr-Frigow, Rittergutsbes. m. Kr., Frigow b. Galkow (Palast-Hotel), v. Gierke, Majoratsherr m. Kam., u. Erzherzogin, Palanowicz (Villa Kohn), Graf und Gräfin v. Schilling-Kerssenbrock, Brandobersdorf (Kassauer Hof).

Königliche Schauspiele. Die Reihenfolge der Abonnementsbuchungen für die nächste Woche ist folgende: Sonntag B, Montag Symphoniekonzert, Dienstag A, Mittwoch D,

Donnerstag C, Freitag B, Samstag A, Sonntag C, Montag D.

Kurhaus, Theater, Vereine, Vorträge usw. Animator-Fest im Ratskeller. Mit dem heutigen Tage beginnen im Ratskeller die vom vorigen Jahr her noch in better Erinnerung stehenden Animator-Feste unter Mitwirkung einer Militärkapelle. Die Räumlichkeiten des Lokals sind festlich geschmückt. Herr Hein bietet auch diesmal wieder seinen Gästen eine erstklassige Küche. Es ist zu empfehlen, das große Andrange wegen frühzeitiger Plätze zu befolgen.

Aus den Vororten.

Diebstahl. Einem Rehger im mittleren Stadteil wurde dieser Tage aus seinem Schlachthaus eine Kuhhaut im Werte von 100 M. gestohlen.

Städtische Seefischverkäufe. Mit Rücksicht auf die günstigen Ergebnisse der vorjährigen städtischen Seefischverkäufe hat der Magistrat beschloffen, ab nächsten Dienstag auch für diesen Winter wieder mit dem Seefischverkauf zu beginnen. Der städtische Seefischmarkt wird auf dem Rathaushofe abgehalten. Ob diesmal auch gleichzeitig wieder ein Verkauf auf der Waldstraße stattfindet, ist noch zweifelhaft, da der Absatz im abgelaufenen Jahre zu gering war. Ebenso soll davon abgesehen werden, die Fische nur an Bestreuer mit einem Einkommen bis zu 3000 Mark abzugeben, da diese Differenzierung beim laufenden Publikum selbst wenig Vorliebe gefunden hat.

Dogheim.

Kaisergeburtstagsfeier. Während in den letzten Jahren von einem Festessen an Kaisers Geburtstag abgesehen worden war, soll in diesem Jahre wieder ein solches stattfinden, und zwar im Kurhaus. Zum deutschen Kaiser.

Vereinsschließungen. In diesem Jahre wollen der Radlerklub 1902 sein zehnjähriges Jubiläum, der Gesangsverein Arion sein fünfzigjähriges Jubiläum durch kleinere lokale Veranstaltungen festlich begehen. Der Gesangsverein Dogheim will aus Anlaß des fünfzigjährigen Jubiläums der Dirigenten, des Lehrers Friedrich Knapp hier, eine besondere Feier veranstalten. Der Gesangsverein Sängerkreis feiert im nächsten Jahr sein vierzigjähriges Jubiläum und beabsichtigt, bei dieser Gelegenheit ein größeres Fest zu veranstalten und vielleicht auch einen Gesangswettbewerb damit zu verbinden.

Rambach.

Konzert. Das am Sonntag hier im Saalbau „Zum Taunus“ vom evangelischen Kirchengesangsverein ein Sonnenberg veranstaltete Konzert erfreute sich eines recht zahlreichen Besuches. War doch der große Saal bis auf den letzten Platz besetzt. Die Erwartung der Erschienenen wurde nicht enttäuscht. Sämtliche Chöre wurden mit reichem Beifall aufgenommen und der Dirigent, Lehrer Knapp, mit seinen wackeren Sängerinnen und Sängern, können stolz sein auf den Erfolg. Auch der Theateraufführung „Das rechte Weihnachtsgeld“ wurde eine ausgezeichnete Aufnahme zuteil. Alle Mitwirkenden boten ihr Bestes an und wurden nach Schluß der beiden Akte mehrmals gerufen, um den Dank des Publikums entgegenzunehmen. Der Reinertrag war trotz des geringen Eintrittsgeldes von 20 Pf. recht zufriedenstellend, können doch 85 M. an die Sonnenberger und Rambacher Kleinkinderschule überwiesen werden.

Aus dem Fenster geküßt. Gestern fiel das zweijährige Töchterchen des Kaisers Wilhelm Wagner in einem unbewachten Augenblick aus dem zweiten Stock aus dem offenen Fenster auf die Straße. Schwer verletzt und bewußtlos wurde es von einem Fuhrmann in die Wohnung gebracht.

Nassau und Nachbargebiete.

Unterliederbach, 22. Jan. Zwei neue Lehrkräfte. Den Organistendienst. Die Schuldeputation und die Gemeindeförperschaften haben beschloffen, mit dem 1. April zwei neue Lehrkräfte an zu ernennt, und zwar eine evangelische und eine katholische. — Die Kirchengemeinde beschloß einstimmig, den Organistendienst dauernd mit einer evangelischen Lehrkraft zu verbinden.

i. Friedrichsdorf i. L., 22. Jan. Seinen 80. Geburtstag feierte gestern in voller geistiger und körperlicher Frische Geh. Sanitätsrat Dr. Fuchs, der bekanntlich vor kurzem sein diamantenes Doktorjubiläum feiern konnte.

i. Ristfel, 22. Jan. Die Gemeindevertretung lehnte mit 6 gegen 5 Stimmen ein Gesuch des Kriegervereins um Bewilligung von 40 M. zur Kaiser-Geburtstagsfeier ab. Ebenso verlagte sie ihre Zustimmung zur Errichtung einer Baumschule für Schulunterrichtszwecke, da man sich von dieser keinen Nutzen für die Schüler verspricht.

r. Herborn, 22. Jan. Als Rektor für die am 1. April hier ins Leben tretende Mittelschule wurde Herr Rektor Krah in Hachenburg gewählt.

t. Rastenburg, 22. Jan. Lebensmüde. Eine hiesige Frau schnitt sich gestern die Halsadern ab und verblutete, ehe Hilfe herbeigekommen werden konnte.

Bericht und Rechtsprechung.

Der zweite Mordprozess Schmidt. Der zweite Prozess gegen den Priester Schmidt, der des Mordes an seiner Geliebten Anna Kümmler beschuldigt wird, hat am Mittwoch in New-York begonnen. Der Gerichtshof beschloß bei Eröffnung der Verhandlung, in Anbetracht der unliebsamen Szenen, die sich bei dem ersten Prozess abgespielt, allen Frauen den Zutritt zu dem Gerichtssaal zu verweigern.

Vermischtes.

Sieben Millionen Spielgelden.

Der Herzog von Montemar hat, wie aus Paris gemeldet wird, vor dem dortigen bürgerlichen Gericht das Entmündigungsverfahren gegen seinen Sohn, den Prinzen von Coman-Charente, eingeleitet, weil er ein unverbesserlicher Spieler ist. Sein Vater hat nach seiner Verheiratung 1907 zum ersten Male vier Millionen und vor kurzem zum zweiten Male weitere drei Millionen Spielgelden für ihn beglichen. Der Gerichtshof sprach nach Kenntnisnahme von diesen Tatsachen die Entmündigung des Prinzen aus.

Kurze Nachrichten.

Nach drei Wochen ist in der Wohnung angekommen. In der Küche ihrer Wohnung in der Großen-Strasse in Berlin wurde am Mittwoch die 73jährige Witwe Hermann tot aufgefunden. Nach ärztlichem Gutachten war bei der Frau der Tod schon vor drei Wochen eingetreten.